

## **Gaspreis senken, Putin schwächen – doch Scholz ist gegen die „Sanktionen light“**

Welt, 19.04.2022, Tobias Kaiser

[https://www.welt.de/wirtschaft/energie/plus238253669/Gas-Sanktionen-Mario-Draghis-Idee-soll-auch-Olaf-Scholz-bewegen.html?sc\\_src=email\\_2075574&sc\\_lid=204704307&sc\\_uid=9b9AoAfTYB&sc\\_lid=5331&sc\\_cid=2075574&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc\\_eh=94c824e22aa172ca1](https://www.welt.de/wirtschaft/energie/plus238253669/Gas-Sanktionen-Mario-Draghis-Idee-soll-auch-Olaf-Scholz-bewegen.html?sc_src=email_2075574&sc_lid=204704307&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=5331&sc_cid=2075574&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc_eh=94c824e22aa172ca1)

Einfach weniger zahlen für Putins Gas? Diese Idee wird immer beliebter unter den EU-Staaten

Italiens Regierungschef hat eine neue Debatte angeregt. Mit Sanktionen light soll Russland deutlich weniger Geld bekommen, ohne dass Europa das Gas ausgeht. Deutschland stemmt sich bisher noch gegen den Plan.

In der Europäischen Union nimmt die Diskussion über Gas-Sanktionen light Fahrt auf. Italien und andere südeuropäische Länder werben für einen Preisdeckel für russische Gaslieferungen als mögliche Alternative zu einem kompletten Import-Stopp.

Der italienische Ministerpräsident Mario Draghi hatte am Wochenende in einem Interview erklärt, dass immer mehr der 27 EU-Mitgliedstaaten seinen Vorschlag eines Preisdeckels für russisches Gas unterstützten. Der ehemalige Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) hat vorgeschlagen, dass die EU-Staaten als eine abgeschwächte Form von Sanktionen weniger Geld für das russische Gas zahlen, als Russland verlangt.

Die EU-Staaten sollten solch einen Preisdeckel festlegen und die russischen Gaskunden in der EU wären dann verpflichtet, nur noch maximal diesen Preis an die russischen Lieferanten zu zahlen.

Bisher stemmen sich vor allem Deutschland und Österreich gegen diese Pläne. Gegner eines Preisdeckels warnen davor, dass Russlands Präsident Wladimir Putin darauf mit einem kompletten Lieferstopp reagieren und Europa den Gashahn zudrehen könnte.

Befürworter des Gaspreisdeckels verweisen darauf, dass mit ihm gleich zwei Ziele erreichbar wären: Russland würde weniger Geld einnehmen und europäische Verbraucher könnten bei den Gas- und Strompreisen entlastet werden, ohne, dass die Gasversorgung in der EU beeinträchtigt wäre.

*EU hat die nötige Nachfragemacht gegenüber Russland*

Die Befürworter der Idee argumentieren, dass die EU die nötige Nachfragemacht gegenüber Russland habe, um die erzwungenen Preissenkungen durchzusetzen. Fast drei Viertel der russischen Erdgasexporte flossen nach Angaben des US-Amts für Energiestatistik im vergangenen Jahr an europäische Länder. Seit Ausbruch des Krieges in der Ukraine haben die EU-Länder mehr als 36 Milliarden Euro für Öl, Gas und Kohle aus Russland bezahlt.

Zudem kann Russland kurzfristig keine alternativen Abnehmer für die Lieferungen nach Europa finden. Weil Erdgas überwiegend durch Pipelines geliefert wird, kann das Gas nur dorthin fließen, wohin die Pipelines führen. Putin will zwar künftig verstärkt Gas nach Asien verkaufen und hat beispielsweise mit dem chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping zusätzliche Lieferungen vereinbart.

Dafür sind aber neue Pipelines nötig. Die bestehende Pipeline „Kraft Sibiriens“ nach China etwa ist bereits voll ausgelastet. In der Produktion von Flüssiggas, das mit Schiffen verschickt werden kann, hinkt Russland seinen Rivalen weit hinterher.

Trotz der Marktmacht der EU ist der Vorschlag für einen Preisdeckel umstritten. Der griechische Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis beispielsweise gehört zu den Unterstützern einer Gaspreis-Obergrenze. Auch der belgische Ministerpräsident Alexander De Croo hat sich für einen Preisdeckel ausgesprochen.

Andere EU-Länder sind allerdings skeptischer. Vor allem Deutschland und Österreich hatten bisher vor solchen Markteingriffen gewarnt. Beide Länder stellen sich in der Debatte bisher auch entschieden gegen ein komplettes Öl- und Gasembargo gegen Russland.

Der Streit könnte auf dem nächsten Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs am 30. und 31. Mai ausgetragen werden. Das Thema werde „auf dem nächsten Europäischen Rat auf der Grundlage eines allgemeineren Dokuments diskutiert werden, dass die Kommission vorbereitet“, sagte Draghi am Wochenende.

*„Grundsätzlich sehen wir zu starke Markteingriffe kontraproduktiv“*

Ursula von der Leyen, die Präsidentin der Europäischen Kommission hatte Anfang des Monats zugesagt, dass ihre Mitarbeiter in den kommenden Wochen Möglichkeiten für alternative Sanktionen untersuchen werden. Dazu gehören nicht nur ein Gaspreisdeckel, sondern auch ein Zoll auf russische Energieimporte oder die Forderung, die Zahlungen für russische Gaslieferungen nicht an die russischen Lieferanten, sondern auf ein Treuhandkonto zu zahlen.

Das Beispiel Österreich zeigt, wie schnell sich Haltungen in der aktuellen Krisenlage ändern können. Die Regierung in Wien hatte gedeckelte Gaspreise auch innerhalb der EU bisher abgelehnt. Jetzt scheint sich bei dem Thema aber zu bewegen. Die österreichische Regierung, prüfe die Möglichkeit eines Gaspreisdeckels in der EU wohlwollend, sagte Österreichs Finanzminister Magnus Brunner zu WELT.

*„Grundsätzlich sehen wir zu starke Markteingriffe kontraproduktiv, da sie zu unerwünschten Nebeneffekten führen, wie man in der Vergangenheit im Bereich der Spritpreise gesehen hat“, sagte der Politiker. „Wir sind jedoch offen, konstruktive Vorschläge zu diskutieren, die dabei helfen, die Menschen tatsächlich zu entlasten.“*

Die Ankündigung Brunners zeigt, wie schnell sich die Diskussion in der aktuellen Lage wandeln kann. Die nächsten Wochen werden zeigen, ob das auch für die Debatte über Gas-Sanktionen gegen Russland gilt.